

Drei Fragen an Emma Webb

Welchen Beitrag leistet das UN-Freiwilligenprogramm (UNV), um Ungleichheiten zu überwinden?

›Niemanden zurückzulassen‹ ist das Versprechen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (Agenda 2030) und die Freiwilligenarbeit spielt dabei eine entscheidende Rolle. Um Ungleichheiten zu bekämpfen, müssen wir die Fähigkeiten, Talente und das Wissen derjenigen nutzen, die traditionell an den Rand gedrängt wurden. Beim UNV haben wir große Fortschritte dabei gemacht, die Vielfalt der Welt widerzuspiegeln: Im Jahr 2020 kamen unsere Freiwilligen aus 168 Ländern, 52 Prozent waren Frauen und 84 Prozent stammten aus dem Globalen Süden. Um ein inklusiveres UN-System aufzubauen, müssen wir noch mehr tun. Mit unserem neuen Freiwilligenprogramm für Flüchtlinge, das wir gemeinsam mit dem Hohen Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) im Jahr 2020 ins Leben gerufen haben, versuchen wir, Barrieren abzubauen und neue Talente in die UN zu bringen.

Wie geht das UNV auf Menschen mit Behinderungen ein?

Das UNV arbeitet mit UN-Partnern zusammen, um die Rechte von Menschen mit Behinderungen zu fördern und die Vielfalt der Talente im UN-System zu stärken. Diese Arbeit ist dank der Unterstützung unserer Finanzierungspartner, darunter auch Deutschland, möglich geworden. Im vergangenen Jahr waren 88 UN-Freiwillige mit Behinderungen im UN-System im Einsatz und diese Zahl wird bis Ende des Jahres 2021 noch deutlich steigen. Das ist zwar wenig, aber es ist ein Anfang. Wir unterstützen unsere UN-Partner und UN-Freiwilligen mit Behinderungen, um sicherzustellen, dass sie einen gleichberechtigten Zugang zur Arbeit haben und dort gleichberechtigt tätig sein können. Dies kann von der Bereitstellung spezieller Büroausstattung bis hin zur Gewährleistung barrierefreier Arbeitsbedingungen reichen.

Wie fördert UNV den Abbau von Ungleichheiten?

Die Förderung von Freiwilligenarbeit und die Unterstützung von Staaten bei der Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) durch Freiwilligenarbeit ist eine Priorität für das UNV. Im Dezember haben wir unseren Bericht über den Stand der Freiwilligenarbeit in der Welt 2022 veröffentlicht. Der Bericht erscheint alle drei Jahre und soll das Verständnis für die Freiwilligenarbeit vertiefen. Er zeigt, wie diese Arbeit den Ländern helfen kann, Frieden und Entwicklung zu erreichen. Wir hoffen, dass der diesjährige Bericht die politische Diskussion und Maßnahmen dazu anregen wird, wie Freiwilligenarbeit die Integration fördern und Ungleichheiten abbauen kann.



Emma Webb

ist die Leiterin der Abteilung für Außenbeziehungen und Kommunikation beim UN-Freiwilligenprogramm (UNV) in Bonn.

FOTO: PRIVAT

griert würden. Erst am Ende der elften von 13 mehrtägigen Sitzungen wurde das Thema als potenzieller Schwerpunkt aufgenommen. In dieser Arbeitsgruppe kam es zu einer Blockbildung von Staaten, die ein spezifisches Ziel zur Ungleichheitsreduzierung forderten und eben jenen, die es zu vermeiden versuchten. Letzterer vereinte Staaten des Globalen Nordens wie Australien, Deutschland, Frankreich, Kanada, die Schweiz, den USA und das Vereinigte Königreich, während ersterer die Gruppe der 77 (G77) mit China umfassten. Laut dem Ko-Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Macharia Kamau stachen allen voran die Stellungnahmen der brasilianischen Delegation hervor, mit denen sie besonders ›leidenschaftliche Plädoyers‹ für dieses Ziel hielten. Dem entgegen wurden die größten Ressentiments seitens den USA hinsichtlich einer solchen Zielsetzung geäußert.⁴ Neben den USA forderte etwa auch die Europäische Union (EU), Ungleichheitsaspekte stattdessen als Querschnitt in andere Ziele zu integrieren.⁵ Bis zum Ende der Verhandlungen versuchten sie, das Themenfeld der Ungleichheit insbesondere auf die Ziele zu Armut (SDG 1), Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen (SDG 16) oder Partnerschaften zur Erreichung der Ziele (SDG 17) aufzuteilen.⁶ Beide Interessensblöcke einigten sich schließlich auf einen Kompromiss. Das Ziel zur Ungleichheitsreduzierung (SDG 10) wurde als Druckmittel benutzt, damit die G77 mit China im Tausch ebenso einem Ziel zu Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen (SDG 16), also Rechtsstaatlichkeit und damit zu Grundelementen westlicher Demokratien, zustimmten.⁷ Zusammenfassend unterstreicht dies auf Seiten der Staaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) einen Charakter des Ungewollten. Gerade diese Gesellschaften sind als überwiegend privilegiert im weltgesellschaftlichen Vergleich zu deuten. Beispielhaft stehen hierfür etwa die Pro-Kopf-Naturvernutzung, die sehr ungleiche Gewinnverteilung von globalen Wertschöpfungsketten oder die Bewegungsrechte anhand von Visabestimmungen.

Kontroversen und Widersprüche

Eine kontroverse Debatte im Rahmen des SDG 10 drehte sich um die Beschreibung der Betroffenen von Ungleichheit. So wurde zwischen den Begriffen ›bedroht‹ und ›marginalisiert‹ abgewogen, die mit Blick auf die gesamte Agenda zugunsten des ersteren Begriffs ausfiel. Diese Auswahl muss jedoch allen voran im Lichte von ökologischen Gefährdungen gedeutet werden. Wohingegen skurrilerweise keine der beiden Formulierungen in der finalen Version des SDG 10 auftaucht. Gerade der